

Niederschrift

über die 76. Sitzung des

Kinder- und Jugendhilfeausschusses gemeinsam mit dem Sozialausschuss der Landeshauptstadt München

vom 12. Oktober 2017

(öffentlich)

Vorsitz

BMin Strobl

Referentin

Bfm. StRin Schiwy

ea. Stadtratsmitglieder

CSU:

Dr. Babor, B. Burkhardt, Gaßmann, Offman, Th. Schmid, Stadler, Wiepcke

SPD:

Dietl, Hübner, Müller, Naz, Dr. Söllner-Schaar, Vorländer

Die Grünen - rosa liste:

Demirel, Dietrich, Koller

FDP - HUT Stadtratsfraktion:

Zeilnhofer

BAYERNPARTEI Stadtratsfraktion:

Ausschussgemeinschaft ÖDP/DIE LINKE.:

Oraner

Liberal-Konservative Reformer (LKR):

Wächter

ferner

Stellv. Referent Groth, Frau Maffei und weitere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung sowie stimmberechtigte und beratende Mitglieder gem. § 75 KJHG

Protokoll

Bock

Öffentliche Sitzung

Beginn: 09:00 Uhr
Vorsitz: BMin Strobl
Referentin: Bfm. StRin Schiwy

„Nein heißt Nein“ - Alltägliche Gewalt bis zur Zwangsprostitution

Diverse Anträge

Aktensammlung Seite 1091

StRin Dietrich dankt der Verwaltung für die Vorlage, die einen guten Überblick zum Themenbereich sexuelle Gewalt im öffentlichen Raum gebe.

Allerdings sei es bedauerlich, dass der Antrag ihrer Fraktion, ein Hearing zu Alltagserfahrungen auf der Wiesn durchzuführen, abgelehnt werde. Im Hinblick auf junge Besucherinnen, für die sich das Oktoberfest als unsicherer Ort erweisen könne, müsse noch viel Aufklärungsarbeit erfolgen: Nicht alle wüssten z. B. von der Anlaufstelle der Aktion Sichere Wiesn. Grund für den Antrag sei im Übrigen eine Pressemeldung der Polizei gewesen, die einen Griff unter den Rock als „spaßig“ und den Täter als „kecken Burschen“ bezeichnet habe. Die Kritik an dieser Wortwahl sei ihrer Ansicht nach bei der Polizei angekommen.

Weiter nennt sie es sehr wichtig, dass die Forderung ihrer Fraktion, eine Club-Kampagne aufzulegen, unterstützt werde. Für schade halte sie, dass eine Kampagne zum Thema K.o.-Tropfen keine Zustimmung finde, zumal dafür bereits ein fertiges Konzept vorliege. Schülerinnen sähen sich laut eigenen Aussagen immer stärker mit diesem Thema konfrontiert. Sie sehe daher durchaus Bedarf für eine entsprechende Kampagne.

Für die vielen, hauptsächlich osteuropäischen Frauen, die in äußerst elenden Verhältnissen lebten und rund um den Hauptbahnhof der Prostitution nachgingen, würden dringend vertrauensvolle Ansprechpartner benötigt. Sie freue sich daher, dass eine zusätzliche halbe Stelle bei der bewährten Beratungsstelle Mimikry bezuschusst werde.

Die Ausführungen und Zuschaltungen zur Frauenhilfe und zu MIM begrüße sie sehr. Häusliche Gewalt sei auch in einer sicheren Stadt wie München ein großes Thema.

Unter Bezugnahme auf S. 13 betont die Sprecherin, es erscheine unverständlich, warum die Zora Gruppen und Schulprojekte, Amanda, Mira und Goja nur drei Jahre lang Mittel für Seminare erhalten sollten. Selbstbehauptungstraining, Aufklärung und Information seien dauerhafte Aufgaben. Sie stellt daher den mündlichen Änderungsantrag, die entsprechenden Mittel dauerhaft zur Verfügung zu stellen.

Den vorliegenden gemeinsamen Änderungsantrag von SPD und CSU werde ihre Fraktion unterstützen.

StR Müller betont, auch der SPD sei es wichtig, dass Menschen in der Prostituierten-/Stricherszene Ausstiegsmöglichkeiten und Ansprechpartner finden könnten. Seine Fraktion stehe daher hinter den entsprechenden Personalzuschaltungen und sehe hier eine sozialarbeiterische und humanitäre Aufgabe. Sehr viel mehr könne die Stadt in diesem Bereich leider nicht tun.

Zu den diversen Kampagnen erklärt er, es reiche in seinen Augen auf dem Oktoberfest nicht aus, Info-Zettel zu verteilen. Diese gingen im Laufe des Besuchs verloren. Angebote für Betroffene seien weiter nötig. Er dankt den Initiatorinnen der Aktion Sichere Wiesn, die in den letzten Jahren eine wichtige Anlaufstelle geschaffen hätten. Das Oktoberfest sei eine zentrale Veranstaltung in München, auf der es ein Mindestmaß an zusätzlichem Schutz für junge Frauen geben müsse.

Was K.o.-Tropfen angehe, so sollten junge Erwachsene lernen, sich so weit wie möglich davor zu schützen bzw. entsprechende Übergriffe auf ihre Begleitungen zu erkennen. Er bittet daher, das Thema gemeinsam mit dem RBS noch einmal aufzugreifen und im nächsten Jahr zu behandeln.

Frau Ros (Münchner Trichter) stellt sich als neues Mitglied im Kinder- und Jugendhilfeausschuss vor.

Im Bereich Prävention von sexueller Belästigung und Hilfestellung bei sexueller Gewalt würden sehr gute Angebote genannt. Ihrer Ansicht nach fehlten dort aber Selbstverteidigungskurse. Erfahrungsgemäß verbesserten diese das Sicherheitsempfinden von Frauen im öffentlichen Raum am stärksten. Sie bittet, diese Maßnahme künftig zu berücksichtigen.

Weiter weist die Sprecherin auf folgenden Umstand hin: Die weitgehende Ablehnung von Ausbildungsduldungen in Bayern führe dazu, dass viele Flüchtlinge in die Prostitution getrieben würden. Auch Männer seien hier oftmals betroffen. Sie bittet die Stadtratsmitglieder daher, sich im Stadte- tag für eine großzügigere Arbeits- und Ausbildungsduldung einzusetzen.

Abschließend betont sie, auch der Zugang zu Qualifizierung und Ausbildung bzw. die Unterstüt- zung bei der Arbeitsaufnahme spielten beim Schutz von Frauen vor häuslicher und sexueller Ge- walt eine Rolle. Leider würden im Verbundprojekt Perspektive Arbeit zunehmend Menschen geför- dert, die Arbeitslosengeld II bezögen. Frauen, die in Gewaltbeziehungen lebten, fielen jedoch häu- fig nicht in diese Gruppe. Sie bittet die Stadt, auch diesem Personenkreis Zugang zu Qualifizie- rungs- und Unterstützungsmaßnahmen für den Arbeitsmarkt zu bieten. Gerade Frauen mit Migrati- onshintergrund hätten oft keine anerkannten Ausbildungen oder Berufe.

Frau Nuß (Gleichstellungsstelle) bedankt sich ebenfalls für die Vorlage. Bei einer Bürgerbefragung der Gleichstellungsstelle habe sich das Unbehagen, das Frauen im öffentlichen Raum empfinden, als zentrales Thema herauskristallisiert. Je nach Altersegment würden allerdings unterschiedliche Orte als unsicher wahrgenommen. Es sei daher wichtig, sich mit diesem Thema differenzierter zu beschäftigen.

Die Club-Kampagne begrüße sie. Sie schlägt vor, innerhalb dieser Kampagne auch das Thema K.o.-Tropfen aufzugreifen. Ebenso halte sie die weitere Unterstützung der Aktion Sichere Wiesen für sehr erfreulich. Dieses Angebot werde mittlerweile auch für andere Veranstaltungen nachgefragt.

Die Idee des RBS eines expliziten Bildungsprogramms an den Schulen zu „Nein heißt Nein“ sollte unbedingt weiterverfolgt werden. Damit ließen sich deutlich mehr Mädchen und Jungen erreichen.

Auch die Gleichstellungsstelle erhalte immer wieder Rückmeldungen, dass die Durchführung von Selbstverteidigungs- und Selbstbehauptungskursen nachgelassen habe. Sie setzt sich an dieser Stelle dafür ein, den Verein Wildwasser München e. V. , der entsprechende Kurse und Aufklä- rungsprogramme an Schulen durchführe, weiter zu fördern.

Der Runde Tisch Prostitution werde hoffentlich herausarbeiten können, welche spezifische Unter- stützung Prostituierte benötigten und wie Armuts-/Zwangsprostitution zu bekämpfen sei. Auch die öffentliche Meinung zu Prostitution müsse dort thematisiert werden.

Die Gleichstellungsstelle unterstütze den gemeinsamen Änderungsantrag von CSU und SPD sowie den mündlichen Änderungsantrag von Die Grünen - rosa liste.

Abschließend lobt die Sprecherin die Bemühungen in Bezug auf Frauenhäuser. Die Situation psychisch kranker Frauen müsse in diesem Kontext noch genauer beleuchtet werden.

StRin Burkhardt stellt beiliegenden gemeinsamen Änderungsantrag von CSU und SPD: Goja solle etwas intensiver gefördert werden, da diese Fachstelle Jungen als Zielgruppe habe. Für Mädchen gebe es mehrere Präventionsprojekte.

Mädchen müssten sich verteidigen können und erkennen, worin Belästigung eigentlich bestehe. Die in der Vorlage dargestellten Maßnahmen seien deshalb alle sehr wichtig. Viele Mosaiksteinchen könnten dazu führen, dass das Thema im Bewusstsein der Menschen verankert werde.

Zum Beitrag von Frau Ros betont sie, Selbstbehauptung sei in der Vorlage durchaus enthalten. Dazu gehörten nach ihrem Verständnis auch Selbstverteidigungskurse.

Abschließend dankt sie für die Vorlage. Es sei gut, dass dieses Thema nicht mehr heruntergespielt werde.

Frau Lux (Kreisjugendring) berichtet, die Ergebnisse der Jugendbefragung sowie der jugendpolitische Fachtag hätten gezeigt, dass sich knapp 50 % der Mädchen und jungen Frauen im Nachtleben unsicher fühlten. Sie bittet daher, die geplante Kampagne für das Nachtleben rasch umzusetzen und bei ihrer Entwicklung auch junge Frauen und Mädchen einzubeziehen. Die finanzielle Ausstattung der Kampagne könnte besser sein. Sie befürchte, dass hier lediglich eine Plakat- und Flyer-Aktion entstehe, deren Wirksamkeit sie nicht sehr hoch einschätze.

Frau Hülsmann (Paritätischer Wohlfahrtsverband) schließt sich den Dankesworten ihrer Vorredner an. Wie Frau Nuß sei auch sie der Meinung, dass der Verein Wildwasser e. V. finanziell besser ausgestattet werden sollte. Dieser trage einen wichtigen Baustein zu dem vielfältigen Angebot in München bei.

Sie bedankt sich, dass für das Projekt Wiesn-Gentlemen künftig Personalkostenzuschüsse zur Verfügung gestellt würden. Allerdings sei bei diesem Projekt ungewiss, inwieweit die vielen begleitenden Aktionen fortgeführt werden könnten, da der Träger nicht mehr über so viele Eigenmittel

verfüge wie in der Vergangenheit. Sie hätte sich daher insgesamt einen etwas höheren Zuschuss gewünscht. 6.000 € seien aber ein guter Anfang.

Bfm. StRin Schiwy erläutert zum Beitrag von StRin Dietrich, die Zora Gruppen und Schulprojekte, Amanda, Mira und Goja erhielten den Zuschuss von 20.000 € zwar zunächst befristet für drei Jahre, die entsprechenden Mittel würden aber dauerhaft beantragt. So könne flexibel über eine Weiterförderung der Projekte oder eine ähnliche Förderung im gleichen Kontext entschieden werden.

Zum Thema Selbstverteidigung verweist die Referentin auf S. 12 der Vorlage. Die Stadt könne keine flächendeckenden Selbstverteidigungskurse anbieten, sondern nur entsprechende Projekte fördern.

Frau Maffei (Jugendamt) konkretisiert, in der Vorlage sei Selbstbehauptung als erste Stufe der Selbstverteidigung enthalten. Die Verwaltung werde eine verstärkte Verknüpfung mit entsprechenden Projekten prüfen. Sie weist an dieser Stelle darauf hin, dass der Frauennotruf und der Verein Wildwasser e. V. das Thema Selbstbehauptung ausbauen wollten. Vorlagen dazu würden am 24.10.2017 bzw. im kommenden Jahr in den Stadtrat eingebracht.

Sie verdeutlicht außerdem, dass an den Schulen insgesamt deutlich mehr Aufklärungsarbeit geschehe, als in der Vorlage dargestellt werde. Als Beispiel nennt sie die Initiative „Trau dich!“. Derzeit werde geprüft, ob dieses Projekt verstetigt werden könne.

K.o.-Tropfen sehe auch das Jugendamt als eine zentrale Problematik. Sie spricht sich ebenfalls dafür aus, dieses Thema in die geplante Kampagne einzubauen.

Der gemeinsame Änderungsantrag von SPD und CSU wird im Kinder- und Jugendhilfeausschuss **einstimmig beschlossen**.

Der somit modifizierte Antrag der Referentin für den Kinder- und Jugendhilfeausschuss wird im Kinder- und Jugendhilfeausschuss **einstimmig beschlossen**.

Der Antrag der Referentin für den Sozialausschuss wird im Sozialausschuss **einstimmig beschlossen**.

München, 12. Oktober 2017

Strobl

3. Bürgermeisterin

der Landeshauptstadt München

Protokoll